

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach!

Wir Zahnärztinnen und Zahnärzte sichern die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung, präventionsorientiert, qualitativ hochwertig und flächendeckend.

Den Ihrerseits jetzt geplanten Entwurf zur Stabilisierung der GKV-Finzen halten wir unter diesen Aspekten für völlig unverantwortlich. Sie gefährden damit die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung in unseren Praxen aufs Äußerste.

Die Präventionsorientierung, die gerade erst einvernehmlich auch mit dem Bundesgesundheitsministerium durch die Einführung der neuen PA-Richtlinie eindrucksvoll unterstützt wurde, gerät zur Farce, wenn Sie jetzt mit diesem Gesetzesentwurf nachträglich die dazu erforderlichen Mittel streichen! Umsonst sind diese Leistungen nicht zu erbringen, die Konsequenzen für die Mundgesundheit unserer Patienten tragen Sie!

Die Qualität der Versorgung in unseren Praxen wird in entscheidendem Maße mitgetragen durch gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal, genau daran mangelt es uns jetzt schon in den Praxen, Behandlungszeiten müssen teilweise bereits gekürzt werden. Zusätzliche erforderliche finanzielle Mittel für eine attraktive Vergütung unserer Mitarbeiter sind dringend erforderlich, die Personalkosten stellen mit Abstand bereits jetzt den größten Faktor bei den Kosten in unseren Praxen dar. Statt uns die Möglichkeit zu geben, diese erforderlichen zusätzlichen Mittel für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erarbeiten, wollen Sie ohne erkennbaren Sachzusammenhang unsere Honorierung wieder streng budgetieren und erheblich beschneiden.

Bedroht wird die Qualität der Versorgung zudem durch die derzeitigen immensen inflationsbedingten Preissteigerungen für notwendige Materialien und Dienstleistungen in den Praxen. Andere Branchen bekommen dafür steuerfinanzierte Ausgleichszahlungen, wir bekommen Kürzungen der Honorare! Wie wollen Sie das begründen?

Die flächendeckende zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung erfordert aufgrund der zu erwartenden Altersabgänge bei den Zahnärztinnen und Zahnärzten in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen, junge Menschen für eine notwendige selbstständige Tätigkeit als Zahnärztin und Zahnarzt zu überzeugen. Durch die von Ihnen geplante unbegründete Wiedereinführung der strikten Budgetierung untergraben Sie diese Anstrengungen gänzlich und gefährden die zukünftige flächendeckende Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung!

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach! Wir fordern Sie unter diesen Aspekten dringend auf, Ihre Verantwortung als Bundesgesundheitsminister genauso ernst zu nehmen, wie wir als Zahnärztinnen und Zahnärzte für die zahnärztliche Behandlung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, und die die zahnärztliche Versorgung betreffenden Regelungen aus dem Gesetzesentwurf zu streichen!

Ort, Datum

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift

Praxisstempel: